

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 47 | 25.11.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 339/2016](#)

Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) über die **Abfrage von Daten aus der Zentralen Informationsstelle für Infrastrukturdaten der RTR-GmbH – ZIS-AbfrageV**

[BGBl II 343/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen zur 2. Änderung der Verordnung über Schutz- und Tilgungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest (**2. Änderung der Geflügelpest-Verordnung 2007**)

[BGBl II 350/2016 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die **Liste der zugelassenen Prüfstellen für Aufzüge für die Erhöhung der Sicherheit von bestehenden Aufzügen der HBV 2009** aktualisiert wird

[BGBl II 351/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen zur 3. Änderung der Verordnung über Schutz- und Tilgungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest (**3. Änderung der Geflügelpest-Verordnung 2007**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 317 v 23.11.2016, 1](#)

Verordnung (EU, Euratom) 2016/2030 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr 883/2013 hinsichtlich des **Sekretariats des Überwachungsausschusses** des Europäischen Amtes für **Betrugsbekämpfung** (OLAF)

[ABl L 317 v 23.11.2016, 4](#)

Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum **Schutz vor Pflanzenschädlingen**, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 228/2013, (EU) Nr 652/2014 und (EU) Nr

1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates

[ABI L 317 v 23.11.2016, 105](#)

Verordnung (EU) 2016/2032 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 91/2003 über die **Statistik des Eisenbahnverkehrs** hinsichtlich der Erfassung von Daten über **Güter, Fahrgäste und Unfälle**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

05.10.2016, [V 77/2015](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; keine Gesetzwidrigkeit einer Vorschrift der – als VO zu qualifizierenden – **Liste nicht erstattungsfähiger Arzneimittelkategorien** betreffend **Arzneimittel zur Entwöhnung vom Nikotingebrauch** als „im Allgemeinen“ zur Krankenbehandlung nicht geeignet; Abgabe solcher Arzneimittel auf Kosten des Krankenversicherungsträgers bei Vorliegen einer behandlungsbedürftigen Erkrankung jedoch möglich

11.10.2016, [G 331/2015](#)

ZivilprozessO; keine Verfassungswidrigkeit der – vom Obersten Gerichtshof in seiner Rechtsprechung angenommenen – **Bindungswirkung zivilgerichtlicher Urteile nach Streitverkündung**; Möglichkeit von Nebenintervenienten zur Geltendmachung ihrer Rechte im Vorprozess; kein Verstoß gegen den Grundsatz der Waffengleichheit

11.10.2016, [G 418/2015](#)

ABGB; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung der – zwischen Sach- und Rechtsmängeln differenzierenden – **Verjährungsbestimmung für Gewährleistungsansprüche im ABGB**; Regelung sachlich begründet und hinreichend determiniert

13.10.2016, [G 330/2015](#)

GesundheitstelematikG; Zurückweisung des Individualantrags auf Aufhebung näher genannter Bestimmungen des GesundheitstelematikG betreffend die **Speicherung von Gesundheitsdaten im ELGA-System** mangels Zuordnung der Bedenken unter Darlegung der Eigenschaft des Antragstellers als Arzt oder Patient

13.10.2016, [G 47/2016](#)

GerichtsgebührenG; Zurückweisung eines Parteienantrags auf Aufhebung einer Bestimmung des GerichtsgebührenG über den **Streitwert einer Liegenschaft** mangels Präjudizialität im gerichtlichen Anlassverfahren betreffend die Frage der sachlichen Zuständigkeit des Gerichts; Abweisung des Antrags hinsichtlich der eventualiter angefochtenen Bewertungsregel der Jurisdiktionsnorm angesichts der unzutreffenden Annahme einer zwingenden Bewertung der streitverfangenen Liegenschaft mit dem dreifachen Einheitswert

14.10.2016, [G 121/2016](#)

KinderbetreuungsgeldG; keine Gleichheitswidrigkeit des Erfordernisses der **gemeinsamen Hauptwohnsitzmeldung** von Elternteil und Kind für die Gewährung von **Kinderbetreuungsgeld**

15.10.2016, [G 339/2015](#)

Wachebediensteten-HilfeleistungsgG; Gleichheitswidrigkeit des Ausschlusses eines Rechtsanspruchs auf eine **Vorschussleistung** nach dem Wachebediensteten-HilfeleistungsgG für **gerichtlich geltend gemachte Schmerzengeldansprüche**; un-

sachliche Schlechterstellung gegenüber Exekutivbeamten mit Anspruch auf eine einmalige Geldaushilfe nach dem GehaltsG bei Unzulässigkeit einer gerichtlichen Entscheidung; im Übrigen Zurückweisung des Parteienantrags

15.10.2016, [W I V1/2016](#)

BundespräsidentenwahlG; WählerevidenzG; keine Stattgabe der Anfechtung eines Erkenntnisses des BVwG betreffend Versagung der **Berichtigung des Wählerverzeichnisses** für die Wahl des Bundespräsidenten durch Streichung einer Person aus der Wählerevidenz wegen Nichtvorliegens eines Hauptwohnsitzes; Anknüpfung an den am Stichtag gemeldeten Hauptwohnsitz in Wels nicht rechtswidrig

15.10.2016, [E 560/2016](#)

Aufnahme-RL; Wr GrundversorgungG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Zurückweisung der Verhaltensbeschwerde eines iranischen Asylwerbers wegen **unzureichender Grundversorgung**; keine Zuständigkeit des VwG Wien zur Entscheidung infolge Fehlens einer einfachgesetzlichen Grundlage; auch im Fall von nicht oder nicht im begehrten Ausmaß gewährten, von der Aufnahme-RL garantierten Grundversorgungsleistungen Verpflichtung zur bescheidmäßigen Erledigung eines diesbezüglichen Antrags; unionsrechtlich gebotener Rechtsschutz damit gewährleistet

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

13.09.2016, [Fr 2016/01/0014](#)

VwGVG; Zurückweisung eines Fristsetzungsantrags; die **Entscheidungspflicht** des VwG iSd § 34 Abs 1 VwGVG wird mit dem Einlangen der Beschwerde ausgelöst; maßgeblich ist dabei das tatsächliche Einlangen beim VwG; Gleiches gilt für einen **Antrag** auf Zuerkennung der **aufschiebenden Wirkung** gem § 18 Abs 5 BFA-VerfahrensG; ggst war die Entscheidungsfrist von sechs Monaten noch nicht abgelaufen, sodass keine Entscheidungspflicht des BVwG besteht

29.09.2016, [Ra 2016/07/0073](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung für die Errichtung von Schutz- und Regulierungswasserbauten; nach dem WasserrechtsG kommt weder dinglich Berechtigten noch obligatorisch Berechtigten, wie zB dem Bestandnehmer eines Grundstücks, Parteistellung zu; die Eigenschaft als Pächter oder Mieter verleiht sohin keine Parteistellung im Wasserrechtsverfahren; auch nach dem Unionsrecht keine **Parteistellung des Pächters**

24.10.2016, [Ro 2016/17/0002](#)

GlücksspielG; Verhängung einer Geldstrafe wegen Übertretungen des GlücksspielG; das LVwG ging zu Unrecht davon aus, dass bereits das **Vorliegen von Bedenken** dahingehend, dass Bestimmungen des GlücksspielG gegen die unionsrechtlich garantierte Dienstleistungsfreiheit verstoßen könnten, zum Wegfall des objektiven Tatbestands des § 52 Abs 1 Z 1 GlücksspielG führen würde, sodass sich aus diesem Grund die ansonsten geforderte **Gesamtwürdigung der Umstände**, unter denen die Dienstleistungsfreiheit beschränkenden Bestimmungen des GlücksspielG erlassen worden sind und unter denen sie durchgeführt werden, erübrigen würde

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 03.11.2016, [W113 2132042-1](#)

UVP-G; ForstG; bescheidmäßige Feststellung, dass das Vorhaben „110 kV-Leitung Vorchdorf-Steinfeld-Kirchdorf“ keiner Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen ist; fraglich ist, ob der projektimmanente **Trassenaufrieb eine Rodung iSd UVP-G** darstellt; ein Trassenaufrieb, für den eine Ausnahmebewilligung nach § 81 ForstG notwendig ist, ist als Rodung zu qualifizieren; ggst konnte aber festgestellt werden, dass bei den geplanten Fällungen Waldboden nicht zu anderen Zwecken als solche der Waldkultur in Anspruch genommen wird, womit die Maßnahmen auf den „Fällungsflächen“ nicht als Rodungen einzuordnen waren

LVwG Oö 04.11.2016, [LVwG-200015](#)

Oö JugendschutzG; der **Aufsichtspflicht eines Erwachsenen über Jugendliche** in einem Alter von unter 16 Jahren wird nicht entsprochen, wenn die Minderjährigen in der Garage des Wohnhauses eine **Geburtstagsparty** feiern und sich die Eltern zur gewohnten Zeit zu Bett begeben, ohne während des Verlaufes der bis in die frühen Morgenstunden dauernden Party entsprechend Nachschau gehalten zu haben, obwohl ihnen bekannt ist, dass auch hochprozentige alkoholische Getränke vorhanden sind; das bloße Aussprechen eines „Alkoholverbots“ reicht jedenfalls nicht

LVwG Oö 07.11.2016, [LVwG-750395](#)

SicherheitspolizeiG; bescheidmäßige Verpflichtung zur Leistung des pauschalierten **Kostenersatzes gem § 92a SicherheitspolizeiG**, weil die im Anwesen des Bf installierte **Alarmanlage ohne reale Gefahr einen Polizeieinsatz verursacht** habe; Einwand des Bf, dass die einschreitenden Beamten keinerlei Spurensicherung durchgeführt hätten und somit nicht feststehe, ob tatsächlich keine reale Gefahr vorgelegen habe; mangels konkreter Hinweise auf einen tatsächlichen, durch die Alarmauslösung abgebrochenen gewaltsamen Angriff auf das Eigentum des Bf ist der Einwand unbegründet

LVwG Oö 15.11.2016, [LVwG-411521](#)

Oö WettG; Verhängung einer Geldstrafe, weil der Bf zwei **minderjährigen Schülern** die **Teilnahme an Wetten** ermöglicht habe; Aufhebung des Straferkenntnisses wegen **Fehlens jeglicher Ermittlungen** hinsichtlich der Höhe des Einsatzes pro Wettabschluss, womit nicht mit der erforderlichen Sicherheit bewiesen ist, welcher der beiden in § 7 Abs 1 und 2 Oö WettG normierten Deliktstatbestände als erfüllt anzusehen ist; ggf Weiterführung des Verfahrens durch die belangte Behörde, da eine explizit ohne Einstellung verfügte Aufhebung eines Straferkenntnisses durch das VwG nicht einer rechtskräftigen Erledigung des Verwaltungsstrafverfahrens gleichzuhalten ist und somit kein Verstoß gegen das **Doppelverfolgungs- und -bestrafungsverbot** vorläge

LVwG Oö 15.11.2016, [LVwG-410604](#)

ExekutionsO; **GlücksspielG**; Erkenntnisse der VwG bilden Exekutionstitel, die an die Stelle des angefochtenen Bescheids treten; zur Entscheidung über einen dagegen eingebrachten **Oppositionsantrag gem § 35 ExekutionsO** ist daher nicht die Behörde, sondern das VwG zuständig; eine bloße Änderung der Rechtslage oder der Rechtsprechung bildet keinen tauglichen Grund für eine Oppositionsklage, es sei denn, der Anspruch würde auch in die Zukunft wirken; dies trifft jedoch bei der Erlassung eines Straferkenntnisses, mit dem ein in der Vergangenheit gelegenes Verhalten beurteilt wird, nicht zu

LVwG Oö 16.11.2016, [LVwG-411593](#)

GlücksspielG; **VfGG**; **VwGG**; **Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH**: „Ist Art 47 EGRC in Verbindung mit den Art 56 ff AEUV dahin auszulegen, dass mit diesen unionsrechtlichen Vorschriften in jenen Fallkonstellationen, in denen die Vornahme einer **Kohärenzprüfung** geboten ist, nationale Regelungen (wie § 86a Abs 4 VfGG, § 38a Abs 4 VwGG, § 87 Abs 2 VfGG oder § 63 Abs 1 VwGG) nicht vereinbar sind, die es [...] zulassen bzw nicht zuverlässig ausschließen, dass gerichtliche [...] Entscheidungen – insbesondere, wenn diese in zentralen unionsrechtlichen Anliegen [...] ergangen sind – in der Folge durch Entscheidungen von instanzenmäßig übergeordneten Institutionen, die ihrerseits nicht den Anforderungen des Art 6 Abs 1 EMRK bzw Art 47 EGRC gerecht werden, ohne ein vorangegangenes Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH eliminiert werden können?“

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 25.10.2016, [LVwG-AV-769/001-2014](#)

ApothekenG; im Hinblick auf das EuGH Urteil C-367/12 vom 13.02.2014 bleibt bei verfassungskonformer Interpretation des **§ 10 Abs 2 Z 3 ApothekenG** kein weiterer Regelungsgehalt dieser Bestimmung bestehen und entfällt diese somit ersatzlos; folglich verbleibt für die Erteilung der Konzession lediglich § 10 Abs 2 Z 1 und 2 leg cit, da neben dem § 10 Abs 2 Z 3 leg cit gesetzlich **keine weitere quantitative Bedarfsprüfung** vorgesehen ist

LVwG Tir 17.10.2016, [LVwG-2016/40/0760-2](#)

GewO; das Anbieten von **Aufsperr- bzw Schlüsseldiensten** ist als **reglementiertes Gewerbe** iSd § 94 Z 59 GewO anzusehen; für die Durchführung von Aufsperr- bzw Schlüsseldiensten sind entsprechende fachliche Fähigkeiten aus dem Schlosser-Handwerk zwingend erforderlich, um diese Tätigkeiten ordnungsgemäß durchführen zu können; beim Aufsperrn von Schlössern handelt es sich nicht zwingend um rein mechanische Tätigkeiten, sondern es können Schlösser zB auch in elektronischer Form geöffnet bzw geschlossen werden; auch dafür sieht das Berufsbild der Metalltechnik-AusbildungsO entsprechende Ausbildungsmodule vor

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[23.11.2016, Rs C-673/13 P, Kommission / Stichting Greenpeace Nederland und PAN Europe](#)

Rechtsmittel – Zugang zu Dokumenten der Organe – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – **Umwelt** – Übereinkommen von Århus – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Art 6 Abs 1 – Gefahr der Beeinträchtigung der geschäftlichen Interessen einer natürlichen oder juristischen Person – Wendung ‚Informationen, die **Emissionen** in die Umwelt betreffen‘ – Dokumente, die das Verfahren zur Genehmigung eines in Pflanzenschutzmitteln enthaltenen Wirkstoffs betreffen – **Wirkstoff Glyphosat**

[23.11.2016, Rs C-442/14, Bayer CropScience und Stichting De Bijenstichting](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Übereinkommen von Århus – Richtlinie 2003/4/EG – Art 4 Abs 2 – Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen – Begriff ‚Informationen über **Emissionen** in die Umwelt‘ – Richtlinie 91/414/EWG – Richtlinie 98/8/EG – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – **Inverkehrbringen** von **Pflanzenschutzmitteln** und **Biozid-Produkten** – Vertraulichkeit – Schutz **betrieblicher** und **kommerzieller Interessen**

[23.11.2016, Rs C-177/15, Nelsons](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Information und **Schutz der Verbraucher** – Verordnung (EG) Nr 1924/2006 – Nährwert- und gesundheitsbezogene **Angaben über Lebensmittel** – Übergangsmaßnahmen – Art 28 Abs 2 – Produkte mit bereits vor dem 1. Januar 2005 bestehenden Handelsmarken oder Markennamen – **Bach-Blüten-Präparate** – Unionsmarke RESCUE – Produkte, die vor dem 1. Januar 2005 als **Arzneimittel** und danach als Lebensmittel in den Verkehr gebracht wurden

[24.11.2016, Rs C-461/14, Kommission / Spanien](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2009/147/EG – Erhaltung der **wildlebenden Vogelarten** – Besondere **Schutzgebiete** – Richtlinie 85/337/EWG – Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume**

[24.11.2016, Rs C-464/14, SECIL](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Freier Kapitalverkehr** – Art 63 bis 65 AEUV – **Assoziationsabkommen** EG–Tunesien – Art 31, 34 und 89 – Assoziationsabkommen EG–Libanon – Art 31, 33 und 85 – **Besteuerung des Einkommens** juristischer Personen – **Dividenden**, die eine Gesellschaft von einer im selben Mitgliedstaat ansässigen Gesellschaft erhält – Dividenden, die eine Gesellschaft von einer Gesellschaft erhält, die in einem Drittstaat ansässig ist, der Vertragspartei des Assoziationsabkommens ist – Unterschiedliche Behandlung – **Beschränkung** – **Rechtfertigung** – Wirksamkeit der steuerlichen Überwachung – Möglichkeit, sich im Zusammenhang mit den Assoziationsabkommen EG–Tunesien und EG–Libanon auf Art 64 AEUV zu berufen

[24.11.2016, Rs C-443/15, Parris](#)

Grundrechte – **Gleichbehandlung** in Beschäftigung und Beruf – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2 – **Verbot der Diskriminierung** wegen der **sexuellen Ausrichtung** und des **Alters** – Nationale **Ruhegehaltsregelung** – Zahlung einer Hinterbliebenenversorgung an den Lebenspartner – Voraussetzung – Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft vor Vollendung des 60. Lebensjahrs – **Zivilrechtlicher Lebensbund** – Keine Möglichkeit in dem betreffenden Mitgliedstaat vor 2010 – Nachgewiesene dauerhafte Beziehung – Art 6 Abs 2 – **Gerechtfertigte Ungleichbehandlung** wegen des Alters

[24.11.2016, Rs C-454/15, Webb-Sámann](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2008/94/EG – Art 8 – Schutz der Arbeitnehmer bei **Zahlungsunfähigkeit ihres Arbeitgebers** – Vorschriften zur **sozialen Sicherheit** – Tragweite – Notwendige Maßnahmen zum Schutz der erworbenen Rechte oder der Anwartschaftsrechte von Arbeitnehmern im Rahmen einer **betrieblichen Zusatzversorgungseinrichtung** – Verpflichtung, ein Recht auf Aussonderung nicht gezahlter Altersversorgungsbeiträge aus der **Insolvenzmasse** vorzusehen – Fehlen

[24.11.2016, Rs C-645/15, Bund Naturschutz in Bayern und Wilde](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – Umwelt – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – Richtlinie 2011/92/EU – Projekt, das der Prüfung unterzogen wird – Anhang I Nr 7 – Europäisches Übereinkommen über die Hauptstraßen des **internationalen Verkehrs** (AGR) – Ausbau einer vierspurigen Straße auf einer Länge von weniger als 10 km

[24.11.2016, Rs C-662/15, Lohmann & Rauscher International](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung** – **Rechtsangleichung** – Richtlinie 93/42/EWG – **Medizinprodukte** – Produkt der Klasse I (chirurgischer Wundverband), das vom Hersteller einem **Konformitätsbewertungsverfahren** unterzogen wurde – Parallelimport – Hinzufügung von Angaben zum Importeur auf der **Etikettierung** – Ergänzendes Konformitätsbewertungsverfahren

B. SCHLUSSANTRÄGE

[15.11.2016, Rs C-4/16, J D \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Umwelt – Richtlinie 2009/28/EG – **Erneuerbare Energiequellen** – **Wasserkraft** – Begriff – Energie, die in einem an Einleitungen von Abwässern eines anderen Betriebs gelegenen Wasserkraftwerk erzeugt wird

[17.11.2016, Rs C-562/14 P, Schweden / Kommission \(GA Sharpston\)](#)

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten** der Organe der Europäischen Union – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Ausnahme vom Recht auf Zugang – Art 4 Abs 2 dritter Gedankenstrich – Schutz des Zwecks von Untersuchungstätigkeiten – Dokumente einer Akte in einem EU-Pilotverfahren – **Verweigerung des Zugangs** – Verpflichtung des betreffenden Organs zur individuellen Prüfung der im Antrag auf Zugang benannten Dokumente

[17.11.2016, Rs C-68/15, X \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – **Niederlassungsfreiheit** – Art 4 Abs 3 und Art 5 der Richtlinie 2011/96/EU – Mutter-Tochter-Richtlinie – Besteuerung von Gesellschaften anlässlich von **Gewinnausschüttungen** – Begriff des **Steuerabzugs an der Quelle** – ‚Fairness Tax‘

[17.11.2016, Rs C-469/15 P, FSL ua / Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – **Kartelle** (Art 101 AEUV) – Europäischer Bananenmarkt – Südeuropäisches Bananenkartell (Italien, Griechenland, Portugal) – Koordinierung bei der Festsetzung von Preisen und Austausch preisrelevanter Informationen – Zulässigkeit von Beweisen – **Beweisverwertungsverbote** – Zufallsfunde – Zusammenarbeit mit nationalen Behörden – Übermittlung von Beweisen durch nationale Behörden, die selbst keine **Wettbewerbsbehörden** sind – **Verteidigungsrechte** – Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz – **Kronzeugenregelung** – Konzept der bezweckten **Wettbewerbsbeschränkung**

[24.11.2016, Rs C-367/15, Stowarzyszenie Oławska Telewizja Kablowa \(GA Sharpston\)](#)

Rechte des **geistigen und gewerblichen Eigentums** – Rechtsverletzung – **Schadensersatzberechnung** – Richtlinie 2004/48/EG – Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats, die Schadensersatz in Höhe des Doppelten oder Dreifachen der Vergütung vorsehen, die fällig geworden wäre, wenn die Erlaubnis zur Nutzung des betreffenden Rechts des geistigen Eigentums erteilt worden wäre

[24.11.2016, Rs C-489/15, CTL Logistics \(GA Mengozzi\)](#)

Verkehr – Entgelt für die Nutzung von **Eisenbahnfahrwegen – Billigkeitskontrolle** von Entgelten, die ein Infrastrukturbetreiber in einem Vertrag mit einem Eisenbahnunternehmen einseitig festlegt – Richtlinie 2001/14/EG – Einheitliche Anwendung des Eisenbahnregulierungsrechts – **Grundsatz der Nichtdiskriminierung** von Eisenbahnunternehmen

[24.11.2016, Rs C-541/15, Freitag \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur **Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft** – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Art 18 und 21 AEUV – Person, die die Staatsangehörigkeit zweier Mitgliedstaaten (Rumänien und Bundesrepublik Deutschland) besitzt und ihren **gewöhnlichen Aufenthalt** in Deutschland hat – Auf Antrag des Betroffenen und ohne Änderung des familienrechtlichen Status in Rumänien erlangte **Namensänderung** – Ablehnung der Anerkennung der Namensänderung durch die deutsche Personenstandsbehörde – **Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht**

C. GERICHT

[24.11.2016, T-769/15, SeNaPro / EUIPO – Palentaler Splitt & Marmorwerke \(Dolokorn\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Unionswortmarke Dolokorn – Ältere Unionswortmarke DOLOPUR – **Relatives Eintragungshindernis – Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

22.11.2016, Beschwerde Nr [4982/07](#), *Kaos GL / Türkei*

Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); konventionswidrige **Beschlagnahme** sämtlicher Exemplare einer Ausgabe des **Magazins**, das vom bf Solidaritätsverein für **Schwule und Lesben** herausgegeben wird; Schutz der Moral, im Speziellen bezüglich Minderjähriger, als legitimes Ziel; Beschlagnahme jedoch **unverhältnismäßig**

22.11.2016, Beschwerde Nr [1967/14](#), *Hiller / Österreich*

Keine Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); **keine Pflichtverletzung** seitens der **psychiatrischen Einrichtung**, aus der der Sohn der Bf geflohen war, um im Anschluss daran **Selbstmord** zu begehen; keine Verletzung der positiven Pflichten gem Art 2 EMRK

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.